Datum: 23.10.2026

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
https://www.nzz.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 68'946
Erscheinungsweise: täglich



Seite: 7
Fläche: 88'193 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
b55d18eb-7a90-4879-a5c6-8da001e797ce
Ausschnitt Seite: 1/3

Linke und Umweltverbände verdrehen die Klimabilanz des Finanzplatzes

Die Unternehmensberater von McKinsey wehren sich gegen die Falschinterpretation einer Studie

SEBASTIAN BRIELLMANN
DAVID VONPLON,

Wie gross ist eigentlich die Schweiz? Oder zumindest ihr Einfluss? Geht es ums Klima, ist sie für Bundesrat Albert Rösti ziemlich klein. Und ihre Machtfülle begrenzt. Die Schweiz könne das Klima «nun einmal nicht beeinflussen».

Für Klimabewegte ist die Schweiz viel grösser. Und ihre Geltung erst recht. Sie verweisen auf den international bedeutenden Finanzplatz – und auf eine spektakuläre Relation: Für 700 bis 900 Millionen Tonnen CO_2 sei dieser jährlich mit seinen Aktien, Anleihen und Krediten verantwortlich. Das seien 14- bis 18-mal so viele Emissionen, wie im Inland anfielen.

Zitiert wird dabei jeweils eine Studie von McKinsey aus dem Jahr 2022. Das Beratungsunternehmen steht nicht gerade im Verdacht, eine rot-grüne Denkfabrik zu sein. SP, Grüne und Umweltverbände verwenden die Zahlen gerne für ihre Finanzplatzinitiative. Das Argument ist immer dasselbe: Wir müssen diesen riesigen Klimahebel nutzen und den Finanzplatz in die Schranken weisen. Sonst werden alle übrigen Klimaanstrengungen der Schweiz zunichtegemacht.

Im vergangenen August griff auch der «Tages-Anzeiger» das Narrativ der Umweltverbände von den um ein Vielfaches höheren Emissionen des Finanzplatzes auf. Im Beitrag stand, dass die Banken den Klimawandel antrieben, während der Bundesrat sie vor strengeren Regeln verschone.

«Finanzierte Emissionen»

Doch sagt die Studie tatsächlich aus, was linke Parteien und Umweltverbände aus ihr machen? Felix Wenger, Senior Partner bei McKinsey und Co-Autor der Studie, erklärt auf Anfrage, dass er grundsätzlich keine politischen Vorlagen kommentiere. Doch stellt er klar: «In unserem Bericht steht nirgends geschrieben, dass der Finanzplatz ein Vielfaches an Emissionen verursache oder verantworte.» Es sei ihm wichtig, dass in der laufenden Debatte die Fakten und Quellen korrekt wiedergegeben würden.

Doch diese werden derzeit gehörig verdreht: McKinsey schätzte in der Studie für 2020, dass der Schweizer Finanzplatz rund 8000 Milliarden Franken an Vermögen und rund 1450 Milliarden Franken Bankkredite verwaltete. Daraus errechnete die Studie «finanzierte Emissionen» von 700 bis 900 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten pro Jahr, die mit dem Finanzplatz «in Verbindung stehen».

Diese Zahl sagt jedoch weder aus, dass Schweizer Banken so viele Tonnen CO_2 verursachen, noch, dass ohne sie entsprechend viele Emissionen gar nicht erst entstehen würden.

Es handelt sich vielmehr um Emissionen von Unternehmen und Projekten, die den von Schweizer Finanzinstituten verwalteten oder bereitgestellten Geldern zugerechnet werden. Die Autoren weisen in der Studie denn auch explizit darauf hin, dass finanzierte Emissionen nicht mit direkt verursachten Emissionen gleichgesetzt werden dürften. Doch Umweltverbände und linke Parteien scheren sich nicht um solche Details. Selbst der WWF Schweiz, der an der Studie mitgewirkt hat, verwendet auf seiner Website die Formulierung, dass der Finanzplatz ein Vielfaches der gesamten inländischen CO_2-Emissionen der Schweiz verursache.

Wie sich finanzierte und selbst verursachte Emissionen voneinander unterscheiden, illustriert der frühere McKinsey-Schweiz-Chef an einem Beispiel: Hält ein Anleger Aktien eines grossen ausländischen Technologiekonzerns, dessen Rechenzentren teilweise mit Strom aus Gaskraftwerken betrieben werden, stehen die Aktien zwar mit den Emissionen des Unternehmens in Verbindung. «Daraus folgt aber nicht, dass die Bank diese Emissionen direkt verursacht oder über sie bestimmen kann.»

Ebenso wenig lässt sich daraus schliessen, dass Schweizer Banken diese Emissionen verhindern könnten, wenn sie aus diesen Anlagemöglichkeiten aussteigen. Die Banken könnten noch so «mit den Füssen stampfen» und vom ausländischen Unternehmen verlangen, auf den Einsatz weiterer Gasturbinen zu verzichten, sagt Wenger.

Hinzu kommt ein verzerrtes Bild vom Geschäftsmodell des Schweizer Finanzplatzes. Dessen Stärke liegt vor allem in der Verwaltung privater Vermögen – und weniger in der direkten Unternehmensfinanzierung. Banken können ihre Kunden zwar beraten. Bei einem grossen Teil der verwalteten Vermögen haben sie jedoch keine Kontrolle darüber, wohin das Geld fliesst. Entsprechend relativiert sich der Klimahebel für die Schweiz.

Der Unternehmensberater Wenger betont, dass Nachhaltigkeit für Banken längst ein zentrales Thema sei – und dass Finanzinstitute einen «nennenswerten Einfluss» auf die Dekarbonisierung ausüben könnten. Indem sie Anleger für nachhaltige Strategien gewännen, könnten sie Unternehmen bessere Konditionen für klimafreundliche Investitionen anbieten – etwa wenn Rechenzentren mit Wind- und Solarenergie betrieben würden. «Genau in dieser Vermittlerrolle liegt der eigentliche Klimahebel der Banken», sagt Wenger.

Untersagt der Bund – wie von der Finanzplatzinitiative gefordert – den Banken jedoch Geschäfte, die den Abbau zusätzlicher Energievorkommen fördern, ändert das kaum etwas. Der An-

Datum: 23.10.2026

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
https://www.nzz.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 68'946
Erscheinungsweise: täglich



Seite: 7
Fläche: 88'193 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
b55d18eb-7a90-4879-a5c6-8da001e797ce
Ausschnitt Seite: 2/3

teil der Schweizer Banken am globalen Finanzgeschäft beträgt bloss ein bis zwei Prozent. Muss sich ein Schweizer Finanzinstitut aus einer Finanzierung zurückziehen, können Unternehmen problemlos auf nahezu den gesamten übrigen Kapitalmarkt ausweichen. «Es springen dann einfach Institute aus anderen Ländern ein, und die USA und Asien gewinnen Marktanteile», so Wenger.

Schweizer Firmen im Nachteil

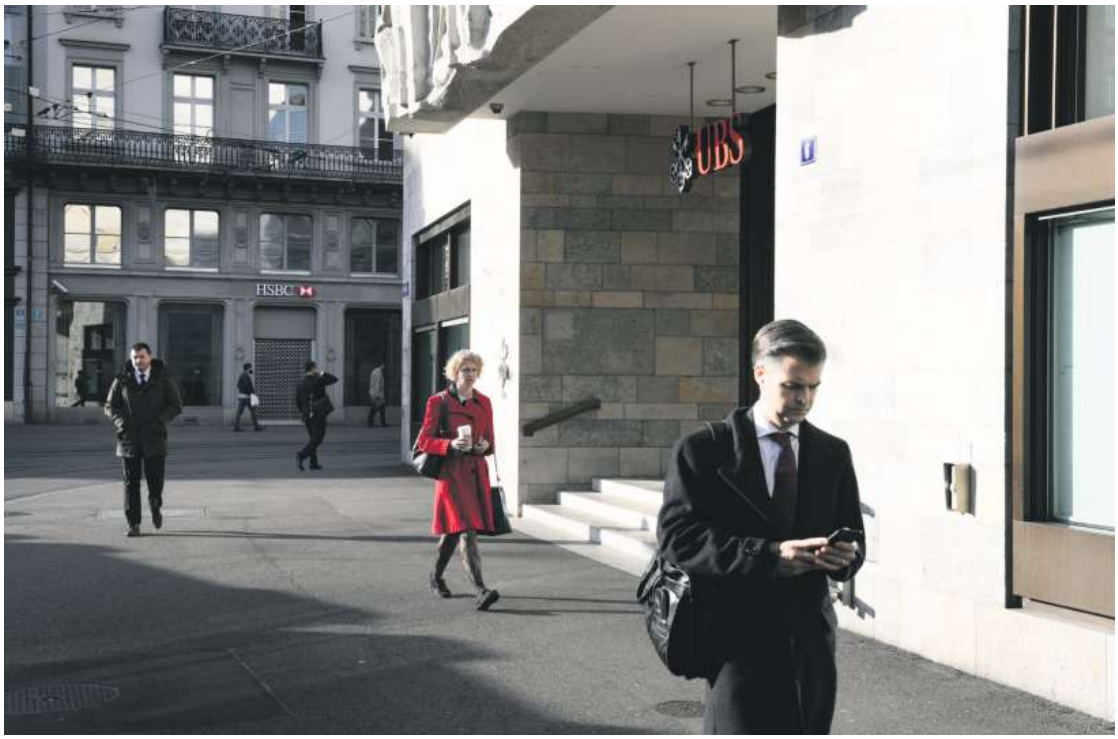
Eine strengere Klimaregulierung des Schweizer Finanzplatzes könnte sogar unerwünschte Nebenwirkungen haben. Werden Schweizer Banken bei Finanzierungen stärker eingeschränkt als ausländische Konkurrenten, dürften zuerst einheimische Unternehmen darunter leiden. Nach Wengers Einordnung entfällt etwa die Hälfte der Finanzierungen von Schweizer Banken auf das Inland, während bei den verwalteten Anlagen der überwiegende Teil im Ausland investiert ist. Zusätzlicher Druck auf die Kreditvergabe könne deshalb dazu führen, dass Investitionen für Schweizer Unternehmen teurer würden, während ausländische Konkurrenten weiterhin auf andere Kapitalgeber zurückgreifen würden.

Hinzu kommt, dass der Schweizer Finanzplatz einem starken internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt und zugleich dichter reguliert ist als viele Konkurrenzstandorte, wie unlängst eine Studie von McKinsey und der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer aufgezeigt hat. Von gleich langen Spiessen im internationalen Wettbewerb könne nicht die Rede sein, sagt Wenger.

Schweizer Banken sässen zwischen den Stühlen: Sie orientierten sich stark an Europa, müssten wegen der Bedeutung des amerikanischen Kapitalmarkts aber gleichzeitig oft auch amerikanische Vorschriften erfüllen. Amerikanische Institute seien dadurch im Vorteil, sagt Wenger. Die Schweiz müsse deshalb ihre Standortvorteile aktiver sichern und gleichzeitig die Nachhaltigkeit vorantreiben. «Nationale Alleingänge verlagern Emissionen höchstens ins Ausland, während andere Finanzplätze mit einfacheren Regeln und höherem Tempo an Attraktivität gewinnen – auf Kosten der Schweiz.»

Wenn man dem McKinsey-Berater zuhört, wird klar: So gross, wie Umweltverbände und linke Politiker den Einfluss der Schweiz gerne darstellen, ist er dann eben doch nicht. Auch der «Tages-Anzeiger» hat seine ursprüngliche Aussage inzwischen korrigiert. Unter dem Artikel steht heute ausdrücklich, dass der Finanzplatz die 14- bis 18-fachen Emissionen nicht selbst verursache.

Bei Umweltverbänden und linken Parteien ist diese Präzisierung bislang nicht angekommen: Umweltverbände, SP und Grüne verwenden weiterhin Formulierungen, wonach der Finanzplatz für ein Vielfaches der Schweizer Inlandemissionen «verantwortlich» sei oder diese gar «verursache».



Hat der Finanzplatz eine gewaltige Hebelwirkung für das Klima? Linke und NGO nehmen es mit den Fakten nicht so genau. J. HUNN / NZZ

Datum: 23.10.2026

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
https://www.nzz.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 68'946
Erscheinungsweise: täglich

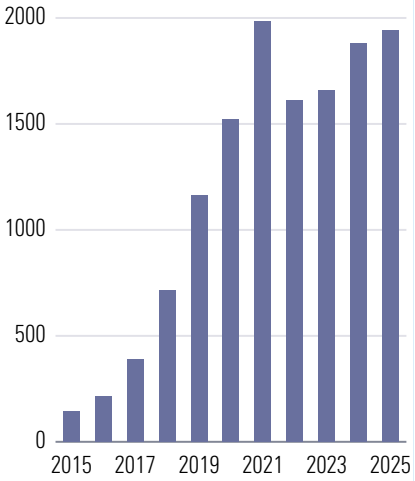


Seite: 7
Fläche: 88'193 mm²

Auftrag: 3009561
Themen-Nr.: 272002
Referenz:
b55d18eb-7a90-4879-a5c6-8da001e797ce
Ausschnitt Seite: 3/3

Entwicklung der nachhaltigen Anlagen in der Schweiz

in Milliarden Franken



2022 wurde die Erfassungsmethode geändert, was einen Teil des starken Rückgangs von 2021 auf 2022 erklärt.

QUELLE: SWISS SUSTAINABLE FINANCE NZZ / dvp.